

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 37 (1947)
Heft: 39

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Kanton Jura?

-an- Ein wichtiges Moment im Zusammenleben der deutschen Mehrheit mit der französischen Minderheit in unserm Lande sind die zweisprachigen Kantone: Bern, Freiburg und Wallis. Neben den drei ganz welschen stellen sie eine Art Brücke zu den «ganz deutschen» dar. Ein Teil der Eidgenossen muss also schon im kantonalen Dasein erproben, wie das Auskommen zu gestalten sei. Speziell der Kanton Bern hat bisher diese Probe auf mustergültige Weise bestanden. Der Jura, im übrigen selbst sprachlich zweifelhäufig, hat sich wohlgeföhlt und kaum je wegen «nationaler Benachteiligung» geklagt. Es gab kein «Problem Jura». Der Kulturkampf der Siebzigerjahre hatte nichts mit den Minderheitsfragen auf sprachlichem Boden zu tun. Damals ging es um die radikalen Versuche, die römische Kirche zu entmachten, und wenn Bern jemals Gelegenheit hatte, zu lernen, wie man eine Minderheit nicht behandeln soll, dann damals. Die aus dem Lande gewiesenen katholischen Pfarrer, die in Scheunen und Wäldern versammelten Gläubigen blieben Sieger. Auch heute wird niemand im alten Kanton Lust verspüren, die eiferstüchtig ihre Eigenart hütenden Jura-Welschen auf die oder jene Art zu brüskieren.

Und doch fühlen sie sich aufs Mal «majorisiert» und zurückgesetzt. Unsere Leser wissen, dass im bernischen Grossen Rat bei der Departementsverteilung der Vorschlag der Regierung, dem neuen Regierungsrat Brauwand das Armenwesen, dem bisherigen Armendirektor, dem Jurassier Mœckli das Bauwesen zu übertragen, abgelehnt und mit einem unerwarteten Mehrheitsbeschluss Brauwand als Baudirektor bestimmt wurde. Leider fiel in der Diskussion die dumme Bemerkung, Mr. Mœckli würde als Baudirektor welscher Zunge nicht mit der deutschbernerischen Bevölkerung verkehren können. (Der Grossrat, der das gesagt haben soll, sei nicht wütend, wenn wir sagen, es sei dumm gewesen!) Mr. Mœckli hat als Armendirektor vermutlich auch mit Deutschbernern, sogar mehrheitlich, verkehren müssen. Auf jeden Fall hat nichts so provozierend gewirkt wie dieser Ausspruch. Redaktor René Fell vom «Jura» hat in der Delsberger Versammlung einfach behauptet, Mr. Mœckli sei vom Grossen Rat als Welscher, seiner Sprache wegen, vom Bauwesen ausgeschlossen worden. Eine Behauptung, die genau so dumm war wie jene Bemerkung im Grossrat.

Die Delsberger Versammlung war einberufen von der «Vereinigung für die Verteidigung der jurassischen Interessen», «Pro Jura» und «Société jurassienne d'Emulation». «Entrüstet und tief verletzt durch den Gewaltstreich, den ihm eine feindselige Mehrheit» angetan, sei der Jura bereit, seine Interessen auch weiterhin zu verteidigen. Ein bestelltes Komitee ist «namentlich beauftragt, rechtliche, verfassungsmässige, wirt-

schaftliche und finanzielle Studien über die Frage einer eventuellen jurassischen Autonomie durchzuführen.» Also eine Entwicklung einzuleiten, die einen «Kanton Jura» mit den deutschen Minderheiten des Amtes Laufen, der Stadt Biel und des deutschsprachigen Berg-Tramlan nebst andern kleinen Splittlern als Ziel haben würde. Und eine der Brücken zerschläge, die Deutsch und Welsch bisher verbanden! Der bernische Grosse Rat ist zweifellos erstaunt, zu hören, dass er in seiner Mehrheit dem welschen Kantonsteil feindselig gesinnt sei. Soll er nachgeben, «gutmachen», den verletzten Brüdern hinknien, den eigenen, gesetzlich zustande gekommenen Beschluss umstossen, sich lächerlich machen?

In der UNO nichts Neues

Die scharfe Rede des russischen Delegierten Wyschinski an der UNO-Generalversammlung bildete in der letzten Woche das Hauptthema der Weltpresse, und eine vielleicht wichtigere Meldung, die Einigung der 16 Staaten in Paris, ging unter dem Eindruck der russischen Anklagen beinahe unter.

Den eigentlichen Anlass für Wyschinskis Attacke bildete der sogenannte «neue Marshallplan», der freilich mit dem alten nichts gemein hat als den Namen seines Urhebers. In den Kreisen der Vereinten Nationen ist man müde geworden, im Sicherheitsrat beständig totmanövriert zu werden durch das Veto, das die Russen beliebig oft aussprechen. Man stellt fest, dass Moskau die Aufnahme neuer Mitglieder, die ihm nicht genehm sind, systematisch hintertreibt, indem der jeweilige Delegierte — also bis jetzt Gromyko — einfach sagt: «Veto». Das heisst: «Ich verbiete». Verbiere im Namen meiner Regierung. Italien, das nun doch seinen Frieden hat und auf seine Rehabilitierung hofft, wird nicht aufgenommen. Natürlich können die Russen sagen, die Angelsachsen hätten auch Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien nebst der äussern Mongolei nicht «eingelassen». Und natürlich können sie behaupten, die Vorwände der Westmächte im Falle dieser Staaten seien fadenscheinig, da es sich um demokratische Staaten handle, von jener Art Demokratie, wie Moskau «sie auffasst». Zählt man die Abgewiesenen, dann sind die Russen sogar weniger schuldig als die andern. Aber Gromyko hat auch in andern Fällen Nein gesagt. Der Sicherheitsrat, der seine Untersuchungen über die Basis der griechischen Guerillakämpfer in Albanien, Jugoslawien und Bulgarien durchzuführen wünschte, wurde daran verhindert — eben durch «Madame Veto». Und das wog schwerer als der Fall Italien.

Staatssekretär Marshall hatte nun eine Idee. Wenn doch der Sicherheitsrat nichts ausrichten kann, muss eine neue Behörde der Vereinten Nationen in die Lücke springen. Eine Art «Friedenskommission» oder «Sicherheitskommission» oder «Befriedigungs-

kommission» oder wie sie nun heissen würde, sollte bestellt werden, provisorisch nur, vielleicht für ein Jahr. Diese Kommission hätte die strittigen Fälle zu behandeln, und ihre Beschlüsse würden mit einfacher Mehrheit gefasst werden, ohne dass eine der Grossmächte das Vetorecht ausüben könnte. Mit andern Worten: Marshall ist für die temporäre Ausschaltung des Vetorechtes. Und weil man nicht das Statut des Sicherheitsrates völlig ändern kann, will er eine neue Behörde einschleichen. Die Generalversammlung der UNO kann einen solchen Vorschlag besprechen, kann ihm zustimmen, kann die Charta in diesem Sinne abändern, zweifellos. Und niemand würde behaupten dürfen, sie verletze ihre Grundlagen. Aber die Russen haben ebenso recht, wenn sie der Ansicht sind, Marshall suche sie auf diesem Umwege um ein Recht zu bringen, welches in der Charta verankert sei. Darum die unerhört heftige Reaktion Moskaus, deren Sprachrohr Wyschinski wurde.

Wyschinskis Hauptvorstoss bestand jedoch nicht in der allgemeinen Verurteilung der Politik Amerikas, nicht in der Behauptung, der erste Marshallplan bedeute den Versuch, die Welt in zwei Teile zu zerspalten und namentlich Europa zu halbieren, nicht in der Zurückweisung aller Anklagen wegen der Balkanpolitik Moskaus, nicht in der Verteidigung der Nachbarn Griechenlands gegen die Versuche des Sicherheitsrates, sich auf ihrem Boden zu betätigen, sondern in der Forderung, die UNO möge Massnahmen gegen die Kriegspropaganda treffen. Im übrigen nicht nur gegen die Kriegspropaganda, sondern auch gegen «oft unhaltbare Beschuldigungen». Wohin dies führen würde, ist klar. Die Regierungen sämtlicher Vereinten Nationen müssten ihre Presse bändigen. Wie sie das vermöchten, ist für Wyschinski kein Problem, wohl aber für sämtliche Regierungen, die es mit einer freien Presse zu tun haben — und nicht nur mit der freien Presse, sondern auch mit der Freiheit aller Bürger, zu reden, was und wo sie wollen, öffentlich oder privat. Zweifellos weiss Wyschinski, dass seine Anregung ins Innere geht, aber er schafft ein Präjudiz: Wenn die UNO es ablehnt, Massnahmen gegen die Diskussion über die Möglichkeit eines neuen Krieges zu treffen, und wenn unter den ablehnenden Mächten Amerika und England die erste Geige spielen, dann wird der Kreml den Russen sagen können: Die Kapitalisten in Newyork und London billigen das Gerede über einen neuen Krieg. Und da man weiss, dass Moskau die hermetisch von der Welt abgeschlossenen eigenen Völker zu allem, auch zu einem Kriege, überreden kann, weiss man auch, wie es «seinen Kindern» gegebenenfalls die Kriegsentschlossenheit der andern beweisen will.

Amerika hat Wyschinskis Rede verschieden aufgenommen. Die nüchternsten Urteile lauteten, dass man eigentlich nichts Neues



Vor rund 60 000 Zuschauern trat die Schweizer Nationalmannschaft im Olympia-Stadion in Amsterdam zu ihrer ersten internationalen Begegnung dieser Saison gegen Holland an und wurde unerwartet hoch mit 6:2 Toren geschlagen. Es war eine Kampfpartie ohne Klasse, die stark unter der schlechten Witterung litt. In der 33. Minute waren die Gastgeber durch Lenstra in Führung gegangen. In der letzten Minute vor Halbzeit konnte Maillard II auf Zuspriel von Fatton den Ausgleichstreffer erzielen.



Bekanntlich hat Präsident Truman die Heimreise von der interamerikanischen Konferenz in Petropolis auf dem Schlachtschiff «Missouri» angetreten. Bei der Ueberquerung der Aequatorlinie wurde das übliche grosse Bordfest zu Ehren Neptuns abgehalten, in dessen Verlauf Präsident Truman und 1500 weitere «Pollywogs», die noch nie eine Aequator-taufe erlebt hatten, «feierlich» in den «Orden Neptuns» aufgenommen wurden. Hier verliert ein als «königlicher Staatsanwalt» verkleideter Marine-Sergeant dem belustigt zuhörenden Präsidenten seine Sünden...

gehört habe. Die Sprache der Russen sei seit langem die gleiche, allenthalben, in den internationalen Behörden wie an den Konferenzen, im Auslande wie in der heimischen Presse und im Moskauer Rado. Andere, weniger nüchterne Organe und einzelne Politiker jedoch reagierten ordentlich schärfer: Der Kommunismus müsste einmal auf der ganzen Linie gestellt werden, und eine Diskussion mit den Staatskernern im Krenl, die bis auf den Grund gehe, müsste kommen.

Moskau hat einen gemässigten Sekundanten im tschechischen Delegierten Masaryk gefunden. Er fand den Wunsch Wyschinskis, dem Gerede über einen neuen Krieg entgegenzutreten, berechtigt. Was die Balkankommission an Material zutage gefördert, erlaube nicht die eindeutigen Schlüsse, die die Kommission gezogen. Für Masaryk war übrigens das Deutschlandproblem, in welchem sich Ost und West am allerverschiedensten begegnen, vordringlich. Mit den Polen finden nach Masaryk auch die Tschechen, dass es nicht angehe, die Deutschen in einer Weise zu bevorzugen, wie es die Amerikaner planen. Vor allem die Rückgabe der Ruhrbergwerke an die früheren Besitzer bedeutet für die kleinern östlichen Nachbarn einen Schrecken.

Wie sehr sich die Standpunkte verhärtet haben, liess auch der französische Sprecher, Aussenminister Bidault, erkennen. Er findet den Plan Marshalls, die UNO-Charta zu ändern und ein «vetofreies» Zwischenorgan zu schaffen, nicht gut. Indessen hat auch er genug von der Tatsache, dass der Sicherheitsrat zu einem Forum geworden, vor welchem sich die Konflikte verschärfen, statt zu mildern. Gegen die Russen und ihre Satelliten wendet er ein, dass die Behauptung, der erste Marshallplan wolle die Welt aufspalten, eine Lüge sei. Moskau und die andern möchten doch die Güte haben und sich den sechzehn in Paris Versammelten anschliessen und damit das ihre zur Einigung der Welt beitragen.

Auch für Bidault ist das deutsche Problem zentral. Er fordert, zum so und sovielten Male nun, langfristige Besetzung des Reiches, strikte Kontrolle der deutschen Aus-

rüstung, internationale Kontrolle der Ruhr, des Herzens der deutschen Wirtschaft.

Es geht um Deutschland,

zunächst und vor allem andern. Diesen Eindruck erhält man, mögen auch andere Probleme dutzendweise hineinspielen. Natürlich drohen Zusammenstösse an verschiedenen Fronten der Welt. Natürlich hakt Wyschinski auch in Indonesien ein und nennt die holländische Aktion eine unerlaubte Attacke, durchgeführt von einem Mitglied der UNO. Ebenso natürlich ist es, dass die Generalversammlung erwartet, von den Engländern mit einer Palästina-Botschaft überrascht zu werden, des Inhalts, dass London sein Mandat den für solche Fälle gar nicht eingerichteten «Vereinten Nationen» überlassen wolle. Aber was es auch sei, und wie wenig die Generalversammlung überall dort ausrichtet, wo es brennt, man spürt, die Hauptprobe auf die Zusammenarbeit zwischen Ost und West wird in anderthalb Monaten auf der Deutschland-Konferenz erfolgen. Bis dahin kann noch dies und das diskutiert werden. Zum Beispiel die Möglichkeit, den italienischen Friedensvertrag zu ändern, jetzt schon, da er kaum in Kraft getreten. Die Russen werden dagegen sein. Sie nehmen an, der Westen brauche Rom vor allem neben Athen und Ankara, um ihre Mittelmeerstellung auszubauen und möchten darum den Nachfolgern Mussolinis sobald als möglich erlauben, ihre lächerlich reduzierte Armee und Flotte wieder zu einem kriegstüchtigen Instrument auszubauen.

Und in Deutschland? Nachrichten aus Ostelbien bestätigen, dass sich die Bevölkerung mit dem Gedanken vertraut macht, es werde nach dem November zwei deutsche Staaten geben, einen, der Russland angeschlossen sei, und der sich wirtschaftlich mehr und mehr nach den Normen des russischen Staatskapitalismus richte, und einen andern, der dem Westen hörig sei, kapitalistisch bleibe und die gleichen Auseinandersetzungen durchfechten müsse wie alle Staaten des Westens, nämlich die zwischen Privatkapitalismus und Sozialismus. Junge Leute, die nicht mit den Russen gehen wol-

len, desertieren über die Elbe nach dem Westen. Die neue Flüchtlingswelle schwillt übrigens an, seit neue russische Truppenkörper zu Herbstmanövern in Pommern und Brandenburg eingetroffen sind. Die Bahnen sind nun bald alle eingeleisig und bewältigen nur noch den notwendigsten Inlandverkehr. Intakt sind nur die nach dem Osten führenden Hauptlinien. In den wichtigsten Industrien dirigieren Büros, die sehr weit im Osten liegen, und die Erträge werden von diesen Direktionen so verteilt, dass den Deutschen nur ein Minimum übrig bleibt — alles bis zu jedem imaginären Moment, da Moskau einmal seinen neuen Fünfjahresplan durchgeführt und das eigene Land wieder aufgebaut haben wird. Alsdann, so verheissen die deutschen Kommunisten dem schwer für die Fremden arbeitenden Volke, wird der Ertrag der scharf angekurbelten Wirtschaft in steigenden Prozentsätzen wieder den Deutschen gehören...

Wer ableugnen würde, dass die Russen ihre Reparationspumpe konsequent eingerichtet und sich das fortdauernde Fliessen der massivsten Kriegsentschädigung gesichert haben, der würde lügen. Und wer übersehen wollte, dass sich hier ein System einlebt, das nicht so leicht wieder auszurotten sein wird, der ist blind. Es ist ein System, das schlagkräftiger als alle Propaganda eine Wirklichkeit demonstriert, an die man sich einfach gewöhnt, wenn man dabei einigermaßen leben kann. Und man lebt offenbar «einigermaßen». Im übrigen wird die Propaganda nicht versäumt. Ebenso wenig wie in Oesterreich, wo die ersten Kriegsgefangenen aus Russland, mit Lenin- und Stalinbildern in den aufmarschierenden Kolonnen, eintreffen.

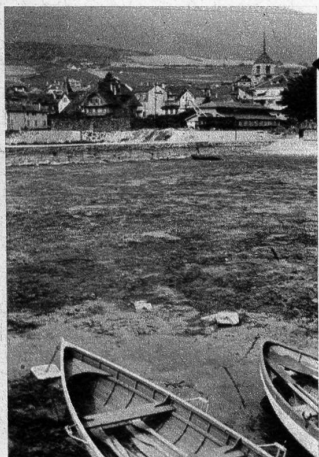
Man stelle sich nun vor, die Westmächte wollten im November den Versuch machen, eine gemeinsame «Deutschland-Ordnung» zu erzwingen und das schon russisch umgekremelte Ostdeutschland wieder mit dem Westen in Beziehung zu bringen. Oder auch in Oesterreich! Es ist mit einer Katastrophe dieser Konferenz zu rechnen, und dann wird es sich zeigen, warum diesmal in Lake Success an der UNO-Generalversammlung nichts Neues passierte.

Der Unfall von Bundesrat Kobelt



Wenige Minuten vor dem Start in Andermatt zum Flug, der nicht programmässig enden sollte. Von links nach rechts: Oberstdivisionär Gonard, der Pilot, Hptm. Hug (in Zivil). Bundesrat Dr. Kobelt.

Der « Fieseler - Storch », unmittelbar nach der missglückten Notlandung Soldaten und Offiziere eilen an die Unglücksstätte, um nach den beiden Insassen zu sehen. Die Maschine erlitt einen Fahrgestell- und Flügelbruch (Photopr.)



Der Hafen von St. Blaise ausgetrocknet!

Die nun seit mehreren Wochen andauernde Trockenheit, von keinem wohlthuenden Regenschauer unterbrochen, nimmt immer katastrophalere Ausmasse an. Nachdem bereits die Flussschiffahrt vielerorts eingestellt werden musste, wird nun auch der Schiffsverkehr auf mehreren Seen stark eingeschränkt werden müssen. So ist der Hafen des Städtchens St. Blaise am Neuenbergersee vollkommen ausgetrocknet. (ATP)



In Neuyork ist Fiorello La Guardia, einer der populärsten und originellsten Amerikaner gestorben. Er war seit einiger Zeit leidend, und der Tod trat als Erlöser an seine Bahre. La Guardia wurde speziell als langjähriger Oberbürgermeister von Neuyork sehr populär. In jüngster Zeit stand er der grossen UNRRA-Hilfsorganisation als Generaldirektor vor und besuchte u. a. anlässlich seiner Informationsreise durch Europa im Jahre 1946 auch Genf. (Europapress)



Mit der Ratifizierung der Friedensverträge der fünf Satelliten ist auch das Statut des neuen Freistaates Triest in Kraft gesetzt worden. Da aber der Posten eines Zivilgouverneurs noch nicht vergeben ist, amtiert bis zur Wahl desselben der britische Generalmajor T. S. Airey als rangältester Offizier als erster Gouverneur von Triest. (ATP)



Fussball-Länderspiel Holland—Schweiz

Im Olympia-Stadion in Amsterdam trat die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft vor rund 60 000 Zuschauern zur ersten internationalen Begegnung dieser Saison gegen die starke holländische Nationalelf und verlor unerwartet hoch mit 6 : 2 Toren. — Vorne die Schweizer Nationalelf mit (von links nach rechts) Steffen, Corrodi, Gyger, Bickel, Maillard II, Eggimann, Fink, Tschuy, Bolli, Fatton und Amadò. (ATP)